

Bezugspreise

für Österreich-Ungarn
ganzjährig K 5.—
halbjährig K 2.50

für Amerika:
ganzjährig D. 2.—

für das übrige Ausland
ganzjährig K 6.50

Briefe ohne Unterschrift
werden nicht berücksichtigt,
Manuskripte nicht zurück-
gesendet.

Gottscheer Bote.

Erscheint mit einer illustrierten Beilage „Wandermappe“ am 4. und 19.
eines jeden Monats.

Bestellungen übernimmt die Verwaltung des Gottscheer Boten in Gottschie Nr. 121.

Berichte sind zu senden an die Schriftleitung des Gottscheer Boten in Gottschie.

Anzeigen (Inserate)

werden nach Tarif be-
rechnet und von der Ver-
waltung des Blattes
übernommen.

Die „Wandermappe“ ist
nur als Beilage des Gott-
scheer Boten erhältlich.

Postsparkassen-Konto
Nr. 842.285.

Nr. 23.

Gottschie, am 4. Dezember 1917.

Jahrgang XIV.

Zur gefälligen Beachtung.

Infolge der immer noch steigenden Preise für Papier, Farbe und andere Produkte sehen wir uns genötigt, den Bezugspreis unseres Blattes um 1 K pro Jahrgang von Neujahr 1918 an zu erhöhen. Der Bezugspreis des Blattes beträgt somit weiterhin 6 K. Der Postsparkasse-Erlagschein, dessen sich die P. G. Abonnenten bei der Einzahlung bedienen mögen, wird der nächsten Nummer beiliegen.

Die Verwaltung.

Rußlands Friedensvorschlag.

Rußlands Schicksal ist erschütternd wie der Fall eines Giganten. Der nordische Koloss liegt am Boden, Rußland ist gebrochen und gleicht einem Menschen, der krank ist an Leib und Seele. Schon seit Monaten gibt es für das russische Problem nur noch eine Lösung: Raschesten Friedensschluß! Rußland droht die staatliche Zersetzung. Das Leben Rußlands hängt an einem Faden. „Unser großes Land“, schreibt „Izvestija“ (22. November), „erinnert an einen Walfisch, der ans Ufer geschwemmt wurde. Jede Hyäne kann seinen Körper zerkleinern, während er sich nicht verteidigen kann. Wenn die Hyänen Rußland nicht auffressen werden, geschieht es nur deswegen, weil sie einen zu kleinen Magen haben, um ganz Rußland zu verdauen. Rußland kann keinen Krieg führen.“

Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Herrschaft Kerenskis, der ein Hindernis des Friedens war, zusammenbrach. Kerenski teilt nun das Los des kriegswütigen Miljukow. Die Girondisten haben abgewirtschaftet, die Jakobiner sind an ihre Stelle getreten. Die Bolschewiki (Maximalisten) haben im Bürgerkriege, vorderhand wenigstens, den Sieg davongetragen. Lenin und seine Anhänger verdanken ihren Sieg in erster Linie ihrer unermüdlichen Friedenspropaganda, die der großen Friedenssehnsucht des russischen Volkes voll Rechnung trägt. Aus Blut und rauchenden Trümmern schreit Rußlands Volkswille nach Frieden, nach Frieden unter allen Umständen! Dabei spielte auch die Lebensmittellage eine große Rolle. Im März lehnten sich die Arbeitermassen hauptsächlich gegen den Mangel an Brot auf und auch diesmal war der stärkste Verbündete der Bolschewiki die Not an Brot. Ist doch sogar schon das russische Heer, insbesondere die Nordarmeen, von einer Hungerkatastrophe bedroht. Schon vor mehreren Wochen sprach der Minister für Ernährungswesen in Rußland Prokopowitsch die denkwürdigen

Worte: „Der schrecklichste aller Selbstherrscher, der Zar Hunger, berührt mit seinem eisigen Hauche die Armee.“

Nachdem Lenin den Sieg über Kerenski errungen hatte und an die Spitze der russischen Regierung getreten war, erfolgte im sofortigen Anschluß an diesen Staatsstreich der Vorschlag eines Waffenstillstandes. Am 23. November erging an den Oberkommandanten der russischen Armeen General Duchonin eine amtliche Instruktion des Inhaltes, der Rat der Volkskommissäre (so nennt sich die Bolschewikeregierung) sehe sich verpflichtet, allen kriegsführenden Ländern und ihren Regierungen vorzuschlagen, daß sie an allen Fronten den Waffenstillstand erklären und zu Friedensverhandlungen schreiten, indem sie sich auf die demokratischen Prinzipien stützen. Der „Bürger-Oberkommandant“ General Duchonin wurde beauftragt, sich an die Träger der militärischen Gewalt der feindlichen Armeen mit dem Vorschlage zu wenden, unverzüglich die militärischen Operationen einzustellen, zu dem Zwecke, zu Friedenskonferenzen zu schreiten. Zugleich wurde General Duchonin mit den Präliminarverhandlungen betraut. Ein Waffenstillstands-Übereinkommen wurde an die vorherige Zustimmung des Rates der Volkskommissäre gebunden.

Unter einem sendete der Volkskommissär für Auswärtige Angelegenheiten Trozki an die Botschafter der Verbündeten Rußlands ein Schreiben, in welchem der Wortlaut der Vorschläge eines Waffenstillstandes und eines demokratischen Friedens ohne Annexionen und ohne Entschädigungen, beruhend auf dem Grundsatz der Unabhängigkeit der Völker und ihres Selbstbestimmungsrechtes, unterbreitet wurde.

Da General Duchonin sich weigerte, den Vorschlag eines Waffenstillstandes der ganzen Front zu übermitteln, wurde er abgesetzt. Die Frontheere wurden angewiesen, selbst auf der ganzen Front Friedensverhandlungen einzuleiten. Die Nachricht von dem beabsichtigten Waffenstillstande rief an den russischen Fronten großen Jubel hervor; sind doch, wie ein in Haparanda am 24. November eingetroffener Franzose witzig erzählte, die Soldaten an der russischen Front in zwei Friedensgruppen geteilt: Die Novembristen und die Dezembristen. Die ersteren wollten schon im November die Front verlassen, die letzteren sind willens im Dezember in die Heimat zurückzukehren.

In den Verhandlungskreisen erregte der russische Friedensvorschlag, der die Sensation des Tages bildete, hellen Zorn und grimmige Wut. Kein Wunder. Wird doch im russischen Friedensprogramm den Verbündeten Rußlands nicht nur zugemutet, die Veröffentlichung der Geheimverträge zu gestatten, sondern die dort ausgesprochene Definition des „demokratischen Friedens“ würde für die Verbündeten Rußlands auch die offene Aufrollung der irischen Frage, des Schicksals Ägyptens, Indiens, Marokkos und von Tripolis bedeuten und England, Frankreich und Italien in die Rolle des betrübten Lohgerbers versetzen, dem die Felle wegschwimmen. Die Wut über den „Verrat“ Rußlands war daher eine ungeheure, eine Flut von

englischen Schmähungen ging über Rußland nieder. Englands Minister des Äußeren erklärte, wenn das russische Volk tatsächlich den Abschluß eines Sonderfriedens billigte, würde es sich durch diesen Vertragsbruch außerhalb der Gemeinschaft Europas stellen. Die Erklärung Lord Robert Cecil's, daß England die jetzige Petersburger Regierung nicht anerkenne, stellt übrigens eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands dar. Der mittlerweile abgesetzte Generalissimus Duchonin war die letzte Hoffnung des Bieleverbandes. Dieser General ließ auch nichts ungeschehen, um die Pläne der russischen Regierung zu durchkreuzen. Er wies darauf hin, daß der Londoner Vertrag auch Rußland die Freiheit genommen habe, einen Waffenstillstand auf eigene Faust abzuschließen und abgesehen Friedensverhandlungen einzuleiten. In Petersburg erklärte man dagegen, daß eine höhere Gewalt, die trostlose Lage des Landes und der Armee, die Einhaltung des Londoner Vertrages unmöglich gemacht habe.

Die Entente-Diplomatie versuchte nun durch Drohungen die russische Regierung einzuschüchtern. Amerika werde alle seine Lieferungen einstellen und das Land seinem Elende preisgeben, Japan sollte wie ein Tiger den russischen Bären anfallen. Die Entente, so wurde aus guter Quelle versichert, sei fest entschlossen, für den Fall, als Rußland mit einem seiner Feinde Frieden schließe, an Rußland sofort den Krieg zu erklären. Japan würde in diesem Falle unverzüglich Wladiwostok besetzen. Andererseits wurden die Bestrebungen des Kosakengenerals Kaledin von der Entente unterstützt. Die sonst so demokratisch tuenden Westmächte möchten Kaledin am liebsten zur Diktatur verhelfen. Die „demokratischen“ Entente-mächte sähen es wohl am liebsten, wenn Kaledin dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch zum Throne verhülfe und den Zarismus in Rußland wieder einführe! Um diesen Preis wäre die westliche Demokratie offenbar jeden Augenblick bereit, die junge Demokratie in Rußland zu erschlagen!

Trotzdem wird die Friedensbewegung in Rußland wohl kaum mehr zum Stillstand gebracht werden können. Trotzki verwahrte sich scharf gegen die Knute der verbündeten Imperialisten. Der Versuch der verbündeten Vertreter, durch Drohungen die russische Armee und das russische Volk zu zwingen, den Krieg fortzusetzen, werde die russische Regierung nicht davon abbringen, den Weg zu einem ehrlichen und demokratischen Frieden zu suchen. Die Soldaten, Arbeiter und Bauern Rußlands seien nicht willens, unter der Knute der verbündeten Imperialisten zu bleiben. Trotzki's Aufruf (26. November) forderte zur Fortsetzung des Kampfes für einen sofortigen Waffenstillstand auf und schloß mit den Worten: „Nieder mit allen Geheimverträgen und diplomatischen Ränken!“ Der Bruch zwischen dem neuesten Rußland, das aus der Erhebung vom 7. November gegen die Korenski-Diktatur hervorgegangen, und den Westmächten wurde also unheilbar. Trotzki erklärte in einer Unterredung, trotz der Unfreundlichkeit der Aufnahme des Manifestes seitens der Verbündeten glaube er, daß der Krieg bald zu Ende sein werde. Es werde ein Gelbbuch mit allen Geheimverträgen, die die Bolschewiki finden konnten, vorbereitet. Mit der Veröffentlichung der Geheimverträge wurde bereits begonnen. Die Verbandsmächte schreien auf, denn Schmerzlicheres als die Veröffentlichung der Urkunden über ihre Verschwörung gegen den Frieden hätte sie nicht treffen können.

Die bisher veröffentlichten Geheimdokumente und Telegramme beziehen sich in erster Linie auf Konstantinopel und die Meeresengen. Nach den Ansprüchen der Entente soll Konstantinopel ein Freihafen werden. Die Verbündeten verlangen ferner die Anerkennung ihres „Rechtes“ auf die asiatische Türkei. Elsaß-Lothringen soll Frankreich zurückgegeben, die am linken Ufer des Rheins gelegenen Gebiete sollen von Deutschland abgetrennt werden und einen freien neutralen Staat bilden! Recht artige Dinge, das!

Wie stehen nun die wirklichen Aussichten auf Waffenstillstand und Frieden? In Rußland ist die Lage bis heute — wir schreiben die Zeilen am 30. November — noch nicht genügend geklärt. Lenin hat, wie bereits erwähnt, den Generalissimus Duchonin für abgesetzt

erklären lassen und den Leutnant Krylenko zum Generalissimus über das russische Heer ernannt. Diese Maßnahme findet natürlich nicht den Beifall der russischen Frontgenerale. Krylenko traf im Hauptquartier ein, scheint aber beim Generalstab wenig Geneigtheit gefunden zu haben, sich der diesem etwas eigentümlich dünkenden Machtgewalt des gewesenen Leutnants zu fügen. Die Vertreter der Entente behaupten noch ihren Platz im russischen Armee-Oberkommando und lassen durch Duchonin erklären, daß sie Rußland durch wirtschaftliche Mittel zur Fortführung des Krieges zwingen werden. Dieser Streit muß also vorerst ausgekämpft werden.

Österreich-Ungarn ist zu Friedensverhandlungen mit Rußland bereit. In einer Besprechung mit Delegierten des Herrenhauses äußerte sich Graf Czernin zu der durch die Friedensbestrebungen der gegenwärtigen russischen Regierung geschaffenen Lage und betonte die Bereitwilligkeit der Monarchie, in Verhandlungen über einen ehrlichen und annehmbaren Frieden einzugehen. Die gleiche Bereitwilligkeit besteht auch seitens des Deutschen Reiches.

Man darf den Vorgängen in Rußland mit Zuversicht entgegensehen, da die von Lenin verfolgte Friedenspolitik nicht die einer einzelnen Partei, sondern der weitesten Massen des russischen Volkes ist.

Nachtrag. Am 29. November hat das neue Rußland den entscheidenden Schritt zum Frieden getan: Es hat durch Funkpruch an alle Kriegführenden sein Verlangen nach einem Waffenstillstand und nach einem baldigen Frieden ergehen lassen. In Wien und in Berlin langte das funktelegraphische Waffenstillstands- und Friedensangebot der russischen Regierung am 29. November an. Es wurde von unserem Minister des Äußeren Grafen Czernin dahin beantwortet, daß die von der russischen Regierung bekanntgegebenen Richtlinien für den Waffenstillstand und Friedensvertrag eine geeignete Grundlage für die Einleitung solcher Verhandlungen bilden, in welche einzutreten sich die österreichisch-ungarische Regierung bereit erkläre. In ähnlicher Weise war auch die Antwort des deutschen Reichskanzlers gehalten. Letzterer erklärte am nämlichen Tage im deutschen Reichstage: „Mit aufrichtiger Teilnahme verfolgen wir die weitere Entwicklung des schwer geprüften russischen Volkes. Möge ihm bald die Wiederkehr geordneter Verhältnisse beschieden sein. Wir wünschen nichts mehr, als zu den alten nachbarlichen Beziehungen, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiete, zurückkehren zu können.“

Am 30. November kam das russische Friedensangebot auch im österreichischen Reichsrate zur Sprache. Ministerpräsident Dr. v. Seidler erklärte, die k. u. k. Regierung habe die Einladung der russischen Regierung zu sofortigen Verhandlungen über einen Waffenstillstand und einen allgemeinen Frieden bereits angenommen und sei entschlossen, die einzuleitenden Verhandlungen im Geiste der Versöhnlichkeit zu führen, da ihre Absicht auf die baldigste Erreichung des Friedens gerichtet sei. Bei diesen Verhandlungen werde die Regierung Österreich-Ungarns anstreben, mit jenen Staaten, die sich auf Grund der jetzt mit Rußland ergangenen Einladung bereit erklären, einen Frieden zu schließen, zu einem Frieden zu gelangen, der für die vertragschließenden Truppen gleich ehrenvoll ist und von dem Grundfaze „ohne territoriale und wirtschaftliche Vergewaltigungen“ geleitet sein wird. Jeder Einmischung in die inneren staatlichen Verhältnisse der Gegenseite werde sich die österreichisch-ungarische Regierung enthalten, werde aber auch andererseits verlangen, daß auch jede Einmischung in unsere eigene staatliche Organisation unterbleibe. — Die beiderseitigen Vertreter sind am 2. Dezember bereits zusammengetreten.

Nach den letzten aus Rußland eingelangten Meldungen scheint es, daß die Macht der Bolschewiki noch einen weiteren Zuwachs erfahren hat, da sich auch die größeren Städte in Nord- und Mittelrußland ihnen angeschlossen haben. Unter diesen Umständen sind die gegenwärtigen Machthaber in Petersburg also befugt, im Namen des russischen Volkes Friedensverhandlungen einzuleiten.

Der Widerstand der Generale an der Front ist allerdings erst zum Teil überwunden.

Was die Haltung des Vierverbandes anbelangt, verweigert derselbe die Antwort auf den russischen Friedensantrag und protestiert gegen den Waffenstillstand. Jede Verletzung der Verträge durch Rußland werde die ernstesten Folgen haben. Amerika droht, Rußland im Falle eines Sonderfriedens nicht mehr als neutral zu betrachten.

Die russische Regierung hat alle Verträge mit der Entente auf Munitionslieferung für das russische Heer gekündigt. Rußland beginnt bereits abzurüsten. Die älteren Jahrgänge — über 600.000 Mann — werden ihrer Dienstpflicht enthoben. Trotzki richtete an den Vierverband die Forderung, nicht nur alle russischen Soldaten nach Hause zu senden, sondern auch die russische Besatzung englischer Schiffe und alle bei der englischen Flotte eingeteilten Matrosen russischer Nationalität sofort zu entlassen. Krylenko hat die sofortige Einstellung des Feuers an der ganzen russischen Front angeordnet. Den Drohungen der bisherigen Verbündeten gegenüber erklärte Lenin: Wenn die Alliierten nicht unsere Wünsche berücksichtigen, haben wir kräftige Mittel, sie gefügig zu machen. Wir können nämlich den Staatsbankrott erklären, wodurch alle Anleihen und andere finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten wertlos werden. An dieser Stelle ist der Verband verwundbar und die Börsen von London, Paris und New-York überläuft ein kalter Schauer.

Der Entente bleibt also nur noch die Hoffnung auf die Wirksamkeit reichlicher fließend zu machender Bestechungsgelder, auf eine neue Umwälzung in Rußland, vielleicht auch auf Japan. Ein dürrtiger Hoffnungsschimmer!

Nach einer Genfer Meldung scheint die große Kriegsberatung in Paris der rumänischen Front eine besondere Bedeutung geben zu wollen. Man solle, heißt es, versuchen, die Schwarze-Weer-Flotte auf die Seite des Verbandes zu ziehen, so daß sie unter den Einfluß der Engländer in Mesopotamien käme. Hierbei soll ein Zusammenarbeiten mit Kalebun ermöglicht und ein neuer südrussischer Kriegsschauplatz geschaffen werden. Viel Phantastik!

Die Schicksalsstunde des Weltkrieges ist gekommen. Über die Folgen eines russischen Sonderfriedens für den Vierverband schreiben die „Neuen Zürcher Nachrichten“: „Waffenstillstand und Sonderfriede mit Rußland wären für den Verband der schwerste Schlag, Rumänien müßte auf dem Fuße folgen. Dann wehe der Sarraill-Armee und dem venizelistischen Regiment in Griechenland, wehe aber auch den englischen Truppen in Mesopotamien und den englisch-französischen in Syrien, da die Türkei mit einem Schlage ihre starken Armeebestände in Kleinasien freibekäme. Ein Waffenstillstand würde den Mittelmächten auch gestatten, in wenigen Monaten ein Übergewicht an den Fronten in Italien und Frankreich herzustellen.“

Käme dann auch noch der Sonderfriede, dann würden den Mittelmächten, sobald sich die Verhältnisse in Rußland wieder einigermaßen befestigt hätten, unerlöschliche Hilfsquellen an fast allen Rohmaterialien und Lebensmitteln zur Verfügung stehen, und der Winter 1918/19 hätte für sie seinen Schrecken verloren. Wenn je der Augenblick für einen Verständigungsfrieden da war, so ist jetzt der Augenblick gekommen, wo der Vierverband noch nicht unter dem Drucke der für ihn fast unüberwindlichen Dinge steht, die er selber in Rußland in vollem Anzuge sieht, der Verband muß sich sagen, daß nun auch der letzte, der allerletzte Hoffnungsschimmer, die Mittelmächte je niederzuringen, geschwunden ist. Sind aber Waffenstillstand und Sonderfriede mit Rußland erst da, dann würde der Friede für die Verbändmächte viel schwerer werden, dann müßte es von selbst der „Friede der Mittelmächte“ werden. Der Krieg würde dann voraussichtlich noch lange weiter wüten, noch sehr lange.

Die Lage spitzt sich jetzt so zu, daß wir entweder in verhältnismäßig kurzer Zeit allgemeinen Frieden oder dann noch mehr als ein Kriegsjahr (?) haben werden. Der Krieg wird dann als Hauptmarke die amerikanische bekommen und

die Mittelmächte werden über neue große Hilfsquellen verfügen, die sie auch die neue Hauptmarke aushalten lassen.

Wieder treibt die Menschheit einer großen Schicksalsstunde zu. Gebe Gott, daß sie zum Guten ausfalle, sonst wird es der völlige Vernichtungskampf Europas werden.“

Wir hoffen zuversichtlich, daß wir uns dem Ende des gewaltigen Völkerringens nähern. Alle Versuche der Ententediplomatie, die Friedenspläne zu durchkreuzen, werden scheitern. Wenn England und Frankreich jetzt nicht einlenken, werden sie auch die Folgen zu tragen haben. Für uns kann, wie der deutsche Reichskanzler vor ein paar Tagen sagte, die Parole nur lauten: Abwarten, Aussharren, Durchhalten!

Udine - Cividale - Gottsche.

I.

In der jüngsten Zeit wurden anlässlich unserer Offensive gegen Italien nebst anderen größeren und kleineren venezianischen Ortschaften auch die Städte Cividale und Udine häufig genannt. Beide sind von den siegreich vordringenden Truppen besetzt worden, erstere am 27. Oktober, letztere am 30. Oktober. Es dürfte nun manchen Leser interessieren, zu erfahren, daß die genannten Städte in einer beachtenswerten Beziehung zu Gottschee stehen. So seltsam das klingt, so wahr ist es; denn die Anfänge und die Entwicklung des kirchlichen Lebens bei den Gottscheern weisen unverkennbar auf Udine und Cividale hin. Wir wollen das im folgenden näher beleuchten.

Udine, heute eine Stadt von ungefähr 40.000 Einwohnern, war lange Zeit der Sitz der Patriarchen von Aquileja, wie es ja heute noch der Sitz eines Erzbischofes ist. Die Bedeutung dieser bischöflichen Residenzstadt liegt nun für Gottschee darin, daß die zwei ältesten Gottschee betreffenden Urkunden aus dieser Stadt stammen. Das kam so. In der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts war die Besiedlung des Gottscheer Bodens so weit gediehen, daß die Notwendigkeit einer geordneten Seelsorge unter den Ansiedlern immer stärker hervortrat. In kirchlicher Beziehung gehörte Gottschee, sowie Krain überhaupt, damals zum Patriarchat von Aquileja; das Bistum Laibach wurde erst im Jahre 1461 gegründet. Die nächste Seelsorgestation für die Gottscheer Ansiedler war Reifnitz. Zwar hatten die Grafen von Ortenburg, die damals in weltlicher Beziehung die Herren von Gottschee in dem Sinne waren, wie heute die Fürsten Auersperg, in der dortigen Gegend ein kleines Kirchlein (Kapelle) erbaut, aber was half das? Daher wandte sich Graf Otto von Ortenburg, der Erbauer jenes Kirchleins, an den Patriarchen von Aquileja mit der Bitte, es möge in Anbetracht der weiten Entfernung der Pfarrkirche (in Reifnitz) ein Priester in und für Gottschee angestellt werden, der die Seelsorge unter der dortigen Bevölkerung ausüben würde. Die berechtigte Bitte fand Gehörung. In der betreffenden Urkunde, datiert aus Udine am 1. September 1339, schreibt nämlich der Patriarch Bertrand von Aquileja dem Grafen Otto von Ortenburg folgendes: „Du hast an uns das Ansuchen gestellt und uns untertänigst gebeten, daß wir, weil Dein Landgut (villa, was übrigens auch „Dorf“ bezeichnet) in Mooswald (villa tua in Mooswald) allzuweit von der Pfarrkirche (in Reifnitz) entfernt ist, so daß die Einwohner desselben nicht ohne die größten Schwierigkeiten zur Kirche kommen können, um dem Gottesdienste beizuwohnen und die kirchlichen Sakramente zu empfangen, und weil Du deshalb in ebendenselben Dorfe (villa) eine Kapelle zu Ehren des heiligen Apostels Bartholomäus neu erbaut und aus eigenen Mitteln dotiert hast — daß wir also aus besonderer Gnade gestatten mögen, an derselben Kapelle einen Kaplan zu halten, welcher für die Einwohner des genannten Dorfes den Gottesdienst besorge und ihnen die heiligen Sakramente spende, ferner einen Friedhof zu errichten und auf diesem die Verstorbenen des Dorfes zu begraben: so gestatten wir nun aus ganz besonderer Gnade, daß Du einen geeigneten katholischen Priester als Kaplan bei jener Kapelle dem Pfarrer der genannten Pfarrkirche (Reifnitz) vorschlagst, welcher dann mit Erlaubnis jenes Pfarrers den Ein-

wohnern obgenannten Dorfes den Gottesdienst verrichtet, ihnen die Sacramente spendet, und, sobald der Friedhof derselben Kapelle geweiht sein wird, ihre Verstorbenen begräbt — alles jedoch unbeschadet der Rechte der Pfarrkirche" (in Reifnitz).

Das ist die erste und älteste Urkunde, die wir über Gottschie be sitzen; sie ist gewissermaßen die Stiftungsurkunde des Gotteshauses und sohin in der Folge der Stadtpfarre Gottschie; denn aus dieser Kapelle des heiligen Bartholomäus in Mooswald hat sich die spätere Pfarrkirche des genannten Heiligen entwickelt. Unter „Mooswald“ ist nämlich nicht allein das jetzige Dorf gleichen Namens zu verstehen, sondern, wie aus der zweiten Urkunde hervorgeht, ein etwas weiteres Gebiet, das auch die nachmals mit dem Namen „Gottschie“ bezeichnete Siedelung umschloß. Der geistliche Urheber dieser Seelsorgestation, der Gründer der Kirchengemeinde, des Pfarrsprengels Gottschie ist somit der Patriarch Bertrand von Aquileja, der seinen Wohnsitz in Udine hatte. Es ist dies jener Bertrand, den die Kirche als „Seligen“ verehrt, dessen Gedächtnistag die venezianischen Bischöfe alljährlich am 6. Juni festlich begehen, und der in den aus dem zerfallenen Patriarchat hervorgegangenen Bischöfen Görz, Triest und Laibach bis in die jüngste Zeit vom Klerus durch ein eigenes Kirchenamt (priesterliches Tagesgebet) samt Messe gefeiert wurde. Die Stadtpfarre Gottschie kann stolz sein darauf und sich glücklich schätzen, daß sie einen Heiligen zum Gründer hat, und soll sich diesen Umstand zur großen Ehre anrechnen.

Aus Stadt und Land.

Gottschie. (Auszeichnung.) Dem Religionsprofessor am Staatsgymnasium in Gottschie Herrn Franz Watzl wurde in Anerkennung besonders patriotischen, aufopferungsvollen Verhaltens im Kriege das Ritterkreuz des Franz-Josef-Ordens mit der Kriegsbeförderung verliehen.

(Kriegsauszeichnungen.) Dem Leutnant i. d. Res. Herrn R. Faber, FHM 22, beim Res.FHM 203, wurde neuerlich die allerhöchste belobende Anerkennung m. d. Schw. bekanntgegeben. — Dem vor dem Feinde gefallenen Leutnant i. d. Res. Herrn Alois Zurl wurde das Militärverdienstkreuz 3. Klasse mit der Kriegsbeförderung und den Schwertern verliehen.

(Von der Novemberbeförderung.) Der Major im Generalstabstörps Herr Richard Stubeck wurde zum Oberstleutnant ernannt. In der Infanterie wurden zu Oberstleuten ernannt die Herren Major Adolf Eppich und Rudolf Jonke. Der Oberleutnant i. V. d. Cv. Herr Raimund Ranzinger wurde zum Hauptmann i. d. Cv. ernannt. Zum Oberleutnant wurde befördert der Leutnant Herr Matthias Grabner, FM 17; zu Oberleuten i. d. Res. die Herren Friedrich Kure, GSchM 2, und R. Faber, FHM 22.

(Beförderung.) Der Landwehrevidenzassistent Herr Josef Altmann, k. GSchM 2, einget. b. Landwehr-Ergänzungs-Bezirkskommando Laibach (Bezirkshauptmannschaft Gottschie) wurde zum Landwehrevidenzoffizial ernannt; desgleichen auch der Landwehrevidenzassistent Herr J. Mauffel, k. GSchM 2, einget. b. BwErgBezKmdo Laibach (Bezirkshauptmannschaft Gurtfeld).

(Abg. Graf Barbo) schilderte im Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses am 29. November die schweren Nahrungsjorgen, unter denen die Bauernschaft leidet und die ihr die Bestellung ihrer Felder ungemein erschweren. Er wendete sich sodann gegen die Gebarung der Zentralen und führte Beispiele aus Krain, namentlich über die Landesstelle für Schlachtviehbeschaffung, an. Der hauptsächlichste Grund für den Lebensmittelmangel sei die fehlerhafte Aufbewahrung der Lebensmittel. Man möge die Lebensmittelwucherer dort suchen, wo sie sind, hauptsächlich in den Städten, am wenigsten bei den Bauern.

(Silberne Hochzeit.) Herr Steuerverwalter Eduard Schubitz und seine Gemahlin Emilie feierten am 21. November

im engsten Familienkreise das Fest der Silbernen Hochzeit. Unseren herzlichsten Glückwunsch!

(Trauungen.) Kürzlich hat sich Herr Josef Kraker, k. k. Steuerassistent in Krainburg, mit Fräulein Poldi Beuc in Idria vermählt. Herzlichen Glückwunsch. — Am 8. Dezember findet in der Pfarrkirche zu St. Margarethen in Wien die Trauung des k. u. k. Hauptmannes Herrn Benno Brandt mit Fr. Mizzi Zahradnik statt.

(Trauung.) Am 12. November wurde in der Schloßkapelle zu Kroisbach Reichsgräfin Edeltraut v. Barbo-Wagenstein, eine Tochter des Reichsratsabgeordneten Grafen Barbo-Wagenstein, mit Alfred Freiherrn v. Winzor, k. u. k. Oberleutnant im Dragoner-Regiment Nr. 15, getraut.

(Vom Volksschuldienste.) Der k. k. Bezirksschulrat in Rudolfswert hat an Stelle des in aktiver Militärdienstleistung stehenden Lehrers Herrn Josef Samide die gewesene Supplentin in Kaltenfeld Fräulein Emilie Riserle zur Supplentin an der Volksschule in Langenton bestellt. Der Bezirksschulrat in Gottschie hat an Stelle des in russischer Kriegsgefangenschaft befindlichen Oberlehrers Herrn Franz Erker die absolvierte Lehramtskandidatin Fräulein Maria Cetinski zur Supplentin an der Volksschule in Alltag bestellt.

(Kriegsauszeichnung.) Dem Stabsfeldwebel Franz Weber, FM 17, wurde die Silberne Tapferkeitsmedaille 1. Klasse verliehen.

(Trauergottesdienst für weiland Kaiser Franz Josef.) Anlässlich der ersten Wiederkehr des Sterbetages weiland Kaiser Franz Josef I. fand am 21. November in der hiesigen Stadtpfarrkirche um 8 Uhr vormittags ein Trauergottesdienst statt, dem die Schüler des Gymnasiums, der hiesigen Volksschulen und viele Andächtige beiwohnten. Die erste Unterrichtsstunde wurde zu diesem Zwecke freigegeben.

(Wegen der Vorkommnisse bei der letzten Requisition) wurde vor einiger Zeit an den Reichsratsabgeordneten von Gottschie Herrn Grafen Barbo eine Eingabe geleitet. Dieser richtete am 21. November eine Interpellation an den Landesverteidigungsminister, in welcher die patriotische Haltung der Gottschieer Bevölkerung und die vorgebrachten Beschwerden dargelegt wurden. Die Interpellation schloß folgendermaßen: „Ich richte daher an Se. Excellenz die Bitte: 1. Ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die patriotische Haltung dieser braven, kaisertreuen Bevölkerung anerkannt und dieselbe in Zukunft vor unnötigen Härten bewahrt werde. 2. Daß über die Vorgänge bei der Requisition eine strenge Untersuchung geführt und die Schuldigen der Bestrafung zugeführt werden.“

(7. Kriegsanleihe.) Fürst Karl Auersperg, Herzog von Gottschie, hat auf die 7. Kriegsanleihe 336.000 Kronen gezeichnet.

(Zum Heldentod des Leutnants Locker.) Wie uns mitgeteilt wird, heißt der Ort, wo der vor dem Feinde gefallene Herr Leutnant Locker bestattet wurde, nicht Som di Cavale, sondern Som di Canale. Som di Canale liegt auf dem Complateau südwestlich von St. Lucia und ist etwa zwei Stunden von Tolmein entfernt.

(Schneefall.) Nach einem starken Schirokko Sturm begann es in der Nacht vom 25. auf den 26. November ziemlich stark zu schneien. Am 26. November morgens war die Landschaft mit einer dichten Schneedecke überzogen. Winters Einzug! Der heftige Sturm riß vielfach die Drähte der elektrischen Leitung herunter, so daß die Wiederherstellung mehr als einen Tag in Anspruch nahm. Am 27. November trat wieder Ausheiterung ein.

(Wegen Mangels an Heizmaterial) wurde der Unterricht an den hiesigen Volksschulen mehrere Tage eingestellt.

(Die Landesumlagen) werden für das Jahr 1918 im bisherigen Ausmaße eingehoben werden.

(Kranzablösung.) Herr Generalmajor Viktor Tscherne samt Gemahlin hat statt eines Kranzes auf die Bahre seiner Mutter,

Fran Anna Köthel, der Verwaltung der „Laib. Ztg.“ den Betrag von 30 K für die Kriegsfürsorge überwiesen.

— (Auf die 7. Kriegsanleihe) hat die Sparkasse der Stadt Gottschie den Betrag von 600.000 K, die Raiffeisenkasse in Gottschie 16.000 K gezeichnet.

— (Beförderung.) Herr Oberleutnant Johann Wittreich d. J. aus Brunn, gebürtig aus Hinterberg, ist zum t. u. f. Hauptmann befördert worden.

— (Auszeichnung.) Dem Oberlehrer in Hofkirchen Herrn Nikolaus Verderber wurde das Kriegskreuz für Zivilverdienste 3. Klasse verliehen.

— (Heldentod.) Gefallen ist am 12. November 1917 Herr Rudolf Hönigmann, JN 17, G. F. Titfeldw. aus Gottschie Nr. 65. In den Kämpfen bei Asiago erhielt er einen Brust- und Kopfschuß. Ehre seinem Andenken!

— (Austauschinvaliden.) Unter den am 17. Oktober im t. u. f. Reservespital in Kolín eingetroffenen Austauschinvaliden befindet sich auch der Schütze Ludwig Kikel, SchN 27.

— (Die patriotischen Sammlungen) der Schüler des Staatsgymnasiums in Gottschie ergaben: 105 Päckchen und Pakete Weihnachtsspenden für die Soldaten im Felde, K 1962 als Schülerwochenpende, 44 K für den Landes- und Frauenhilfsverein vom Roten Kreuze für Krain und 272 K für die Erhaltung der Soldatengräber. Die Wäsche Sammlung brachte 16 kg ein.

— (Prämienverteilung.) Am 6. Dezember werden von der Krainischen Landesstelle für Viehverwertung Besitzer von Zuchtstieren und Zuchtlebern in Gottschie, wohin der Auftrieb zu erfolgen hat, mit Prämien beteiligt werden.

— (Aus den Verlustlisten.) In der Verlustliste Nr. 625 ist u. a. ausgewiesen: Hauptmann Richard Hönigmann, JN 20, Kriegsges. Aus der Verlustliste Nr. 626: Gefr. Franz Bartlme, GebSchN 2, 10. Komp., verw.; LdtStbFeldw. Anton Pettsche, LdtJN 27, 6. J.R., verw.; Inf. Johann Kollmann, JN 64, gestorben. Aus der Verlustliste Nr. 627: LdtInf. Raimund Perz, JN 17, InfGeschAbt., 6. Komp., verw.

— (Die Kriegsanleihe nach dem Kriege.) Der Gouverneur der Österreichisch-Ungarischen Bank, Geheimer Rat Dr. Popovics, erklärte, es würden bei uns, ähnlich wie in Deutschland, Einrichtungen getroffen werden, die nach dem Kriege den Kurs unserer Kriegsanleihen schützen werden. Diese Äußerung hat in allen Kreisen der Kriegsanleihe-Besitzer große Befriedigung hervorgerufen. Voraussichtlich wird es übrigens einer Aktion für den Kurs unserer Kriegsanleihen überhaupt nicht bedürfen. Im Gegenteil, die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß sich der Kurs unserer Kriegsanleihen, die dann auch im Auslande mehr Abnehmer finden werden, wesentlich erhöhen wird.

— (Aus dem Staatseisenbahnrat.) Der Eisenbahnminister hat Herrn Dr. Eugen Lampe, Kanonikus und Präsidenten der Landwirtschaftsgesellschaft in Krain, zum Mitgliede und Herrn Johann Gladnik, Pfarrer und Reichsratsabgeordneten in Trebelno bei Nassenfuß, zum Ersatzmann ernannt.

— (Beschlagnahme der Weinernte in Unterkrain.) Wie in der „Laibacher Zeitung“ vom 26. November berichtet wird, wird die ganze heurige Weinernte in Unterkrain von der Militärverwaltung beschlagnahmt werden; ein Drittel des requirierten Weines entfällt auf den Zivilkonsum. Es gelangen besondere Marginalpreise zur Aufstellung. Für den Zivilkonsum wird in Laibach eine Zentrale amtiert, der die Regelung des Weinverkehrs zu fallen wird.

— (Der Verkehr mit Obstmost.) Eine Verordnung des Amtes für Volksernährung verfügt, daß Sendungen von Obstmost und Obststg auf Eisenbahnen und Dampfschiffen nur mit Transportscheinzwang stattfinden dürfen.

— (Halbjährige Enthebung frontdiensttauglicher Lehrpersonen.) Der Unterrichtsminister teilte im Unterrichtsausschusse des Abgeordnetenhauses mit, daß das Landesverteilungsministerium mit den übrigen militärischen Behörden den

Plan erörtert, die in militärischer Dienstleistung im Hinterlande befindlichen, dem Mannschafsstande angehörenden, dauernd frontdienstuntauglichen und nur zu Hilfsdiensten geeigneten Lehrpersonen der Staats-, Landes- und Kommunal Schulen provisorisch mit 31. Dezember 1917 bis 15. Juli 1918 zu entheben, sofern sie zum Lehramt befähigt sind.

— (Nach dem Ertrage, nicht nach der Fläche.) In einer niederösterreichischen Bauernversammlung sagte Abg. Wollek, er werde sich energisch dafür einsetzen, daß die Lieferungen der Landwirte nicht nach der bebauten Fläche, sondern nach dem wirklichen Ertrage derselben vorgeschrieben werden. Zwei gleich große Felder können ja nach der Beschaffenheit des Bodens einen ganz verschiedenen Ertrag aufweisen.

— (Beheizung der Züge nur bis Ende März.) Wie verlautet, werden die Eisenbahnwagen nur bis zum 31. März nächsten Jahres und nur bis zu 12 Grad Celsius geheizt werden. Das gilt aber nur für Fernzüge. Züge, die eine Fahrzeit von nur bis zu eineinhalb Stunden haben, werden überhaupt nicht geheizt. Es liegt daher im Interesse der Reisenden, sich bei Eisenbahnfahrten jeder Art mit warmer Kleidung zu versehen.

— (Das Reservieren von Tabakwaren.) Wie der „Österreich. Tabakzeitung“ zu entnehmen ist, ist durch Finanzorgane in den Trafiken bekanntgegeben worden, daß das sogenannte Reservieren für Stammkunden gestattet ist, jedoch nur in kleinen Mengen und derart, daß für den laufenden Bedarf, das heißt für die Passanten, etwas verfügbar bleibt. Ferner wurde angeordnet, daß außerhalb der Verschleißräume, namentlich in Wohnräumen, Tabakmaterial nicht aufbewahrt werden darf.

— (Steigerung des Geldwertes.) Abg. Dr. Heilingger schreibt: „Das österreichische Geld ist vor wenigen Tagen im Auslande um 25 Prozent gestiegen. Diese Steigerung bedeutet eine Werterhöhung des österreichischen Volksvermögens um Milliarden Kronen. Auch die österreichischen Staatsanleihen haben dadurch an Wert gewonnen und ist der Kredit Österreichs erheblich gewachsen. Der gehobene Kredit Österreichs ist der sicherste Vorbote des nahen Friedens, in dem Österreich in neuer Kraft erhebt.“

— (Schuhkarten.) Wie die „Zeit“ meldet, wird voraussichtlich schon in kürzester Frist die Schuhkarte herausgegeben werden. Dabei werden die Preise für große Reparaturen bedeutend ermäßigt werden. Man schätzt, daß sich das Besohlen (Doppeln) von Schuhen bei Verwendung von gutem Material auf etwa 10 bis 15 K stellen wird. Auch für die Großreparaturen werden Karten ausgegeben werden und es ist vorläufig beabsichtigt, jedem jährlich drei Besohler (Doppler) und Vorschübe zuzubilligen.

— (Zivildienstpflicht.) In der nächsten Zeit wird dem Reichsrat die Regierungsvorlage auf Einführung der Zivildienstpflicht zugehen.

— (Die Amtsstunden der Landesauschusse für Parteien.) Das Publikum wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Landesauschusse für Parteien an folgenden Tagen zur Verfügung stehen: Monsignore Dr. Lampe jeden Dienstag und Freitag von 10 Uhr vormittags bis halb 1 Uhr nachmittags; Dr. Pegan jeden Montag und Donnerstag von 10 Uhr vormittags bis halb 1 Uhr nachmittags, nach Möglichkeit auch an den übrigen Wochentagen von 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags und von 4 bis 5 Uhr nachmittags; Dr. Zajec jeden Wochentag von halb 11 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags; Dr. Triller jeden Montag von 9 bis 11 Uhr vormittags. Die Referatsverteilung ist aus den Anschlägen im Treppenhause der landwirtschaftlichen Burg ersichtlich, so daß sich jede Partei sofort an den richtigen Referenten wenden kann. Allfällige Auskünfte sind, insoweit sie nicht vom Portier erteilt werden können, in der Präsidialkanzlei des Landesauschusses (landwirtschaftliche Burg, I. Stock, rechts) erhältlich.

— (Erhöhung der Zuckersteuer.) Die Regierung hat im Abgeordnetenhause den Entwurf eines Gesetzes eingebracht, durch das die Zuckersteuer von 38 auf 54 Kronen für den Meterzentner erhöht werden soll. Wenn man von einer Produktion von nur 4

Millionen Meterzentner ausgeht — die Rübenproduktion ist nämlich enorm zurückgegangen — würde die Steuererhöhung einen Ertrag von 64 Millionen, die ganze Zuckersteuer einen solchen von 216 Millionen abwerfen.

— (Das Kilo Zucker über zwei Kronen!) Der ungarische Ministerpräsident D. Weterle teilte am 24. November mit, daß der demnächst festzustellende Höchstpreis des Zuckers 200 Kronen für den Meterzentner übersteigen werde.

— (Die Oktoberzuckerarten.) Das Volksernährungsamt hat mit Rücksicht darauf, daß wegen Waggonmangels die Zuckers Transporte zurückgehalten werden mußten, gestattet, daß die bei der Oktoberausgabe nicht eingelösten Zuckerarten im November (mittlerweile ist es bereits Dezember geworden) noch Gültigkeit besitzen.

— Im Ernährungsausschusse des Abgeordnetenhauses gelangte kürzlich eine Zuschrift des Ernährungsamtes zur Verlesung, in der es heißt, daß die Störungen in der Zuckerversorgung der Südländer nur auf die herrschenden Transporteschwierigkeiten zurückzuführen seien.

— (Beschlagnahme der Rüben.) Sämtliche Gattungen von Speiserüben (Wasser- und Palmrüben, Wruken) sind beschlagnahmt worden. Die Preisbestimmung für die angeforderten Rüben erfolgt auf Grundlage der Vertragspreise, welche die Gemüse- und Obstversorgungszentrale (Geos) in Wien für den Lieferungsvertrag festgesetzt hat. Dem Produzenten sind die nötigen Vorräte zur Ernährung der Personen seines Haushaltes und zur Viehfütterung zu belassen. Der Transport auf Eisenbahnen und Dampfschiffen ist an Transportbescheinigungen gebunden. Wie viel vom Überschuß der einzelnen Kronländer an die Bedarfsgebiete abzugeben ist, bestimmt das Amt für Volksernährung.

— (Die Höchstpreise) für den Kleinverkauf von Eiern wurden von der Landesregierung außer Kraft gesetzt. Gleichzeitig wurde zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß die Preisprüfstellen Laibach und Rudolfswert Richtpreise für den Verkauf von Eiern festgesetzt haben, die durch die politischen Bezirksbehörden verlautbart werden.

— (Regelung des Verkehrs mit Schweinen.) Von kompetenter Stelle wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß in Krain der Einkauf von Schweinen — ausgenommen der Einkauf von Zucht- und Nuttschweinen durch legitimierte Züchter — ausschließlich der Krainischen Landesstelle für Viehverwertung zusteht und daß jeder unbefugte Verkauf oder Einkauf nach § 9 der Ministerialverordnung vom 15. Februar 1917, R. G. Bl. Nr. 62, einer Geldstrafe bis zu 5000 K oder einer Arreststrafe bis zu einem halben Jahre unterliegt.

— (Bis zu 10 kg nicht beschlagnahmt!) In dem Berichte der „Laibacher Zeitung“ über die Sitzung des Städtischen Approvisionierungsausschusses in Laibach vom 24. November wird u. a. mitgeteilt, daß an die die Lebensmittelzufuhr beaufsichtigenden Organe besondere Weisungen erlassen worden seien. Von nun an dürfen auf Bahnhöfen und in den Eisenbahnwaggonen Lebensmittel für Eigengebrauch bis zu 10 Kilogramm nicht mehr beschlagnahmt werden. Jedermann darf also auf dem Lande bis zu 10 Kilogramm Lebensmittel einkaufen, die ihm nicht abgenommen werden dürfen. Die Organe wurden weiters beauftragt, bei der Beaufsichtigung zwar genau, aber wohlwollend vorzugehen.

— (Der österreichisch-ungarische Ausgleich,) der am 31. Dezember 1917 abläuft, soll bis 31. Dezember 1919 verlängert werden.

— (Geltungsdauer der Nickelmünzen zu 10 Heller.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß die mit der Verordnung des Finanzministeriums vom 30. Mai einberufenen Nickelmünzen zu 10 Heller nur noch bis einschließlich 31. Dezember 1917 im Privatverkehr in Zahlung genommen werden müssen. Nach diesem Zeitpunkt bis einschließlich 30. April 1918 werden sie nur noch von den k. k. Kassen und Ämtern und bei der Österreichisch-Ungar. Bank angenommen.

— (Pferdelizitation in Mauniz bei Rakel.) Bei der Pferdeverwertungsstelle in Mauniz bei Rakel gelangen am 9.

und 22. Dezember, jedesmal ab 8 Uhr vormittags, selbdiensuntaugliche Pferde und auch Fohlen zur Lizitation. Nur solche Bewerber werden zugelassen, die sich mit einer von der politischen Behörde bestätigten Legitimation als Landwirte aufweisen können. Pferdehändler und Zwischenhändler sind ausgeschlossen.

— (Zur Futter- und Streunot.) Die siegreiche Offensive gegen Italien hat die Notwendigkeit einer vermehrten Beschlagnahme von Heu, Stroh und Hafer ergeben; denn bei dem ungewöhnlich raschen Tempo, in dem die feindlichen Truppen vor den Angreifern die Flucht ergriffen, bedürfen die vielen, vielen Pferde der Artillerie, der Munitionskolonnen und der Verpflegstrains kräftiger Nahrung, um den Segnern auf den Fersen bleiben zu können. Die Landwirte müssen nun alles daran setzen, damit sie ihren Viehstand durch den Winter bringen können. Die Verfütterung von Rauhfutter soll in Portionen erfolgen, die genau abgemessen sind und sowohl dem Alter als auch der Leistung und der Nutzungsart des betreffenden Tieres entsprechen. Das wahllose Vorwerfen von Futter durch unzuverlässige Dienstleute muß ganz aufhören. Auch soll Stroh nicht als Einstreu, sondern nur als Füllmittel verwendet werden. Als Streumittel verwende man Laub aus Wäldern und Auen und die Besitzer sind durch behördliche Aufträge zu verpflichten, Streu in entsprechenden Mengen abzugeben, da es sich auch um die Düngerfrage handelt und Kunstdünger nur in bescheidenen Mengen vorhanden ist. Im letzten Falle kann an Stelle der Laub- oder Nadelstreu auch Erde als Einstreu verwendet werden, wie dies in Gegenden mit geringen Waldbeständen seit langem üblich ist. Jene Grundbesitzer, welche den Mahnungen des Amtes für Volksernährung Folge geleistet und in den Monaten Juni, Juli und August fleißig Laubheu gewonnen haben, sind in der glücklichen Lage, ihr Vieh verhältnismäßig leicht durch den Winter zu bringen. Gutes Laubheu hat nicht viel weniger Nährwert als gutes Wiesenheu. Im nächsten Jahre muß der Laubgewinnung beizeiten eine erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden!

— (Gegen die Wein- und Obstmoststeuervorlage.) In einer vom niederösterreichischen Bauernbund am 29. November einberufenen Protestversammlung gegen die Wein- und Obstmoststeuervorlage wurde eine Entschliefung angenommen, worin betont wird, daß die Gesetzgebung der Vorlage die Weinbauern vernichtend treffe. Es wird weiters gefordert, daß die Steuer nicht beim Produzenten eingehoben werden darf und daß der Steuersatz für Stadt und Land gleich sein soll. Eine ähnliche Entschliefung wurde in der Frage der Obstmostbesteuerung gefaßt.

— (Verkehr mit Nüssen.) Die noch im Lande befindlichen Vorräte der Rufernte des Jahres 1917 in Krain sind durch die Verordnung des k. k. Landespräsidenten in Krain vom 27. Nov. 1917 unter Sperre gelegt. Ungeachtet der Sperre dürfen die Besitzer von Nüssen jene Mengen verbrauchen, die sie für ihren Haushalt benötigen; auch dürfen sie von ihren Vorräten an unmittelbare Verbraucher abgeben, jedoch an ein und denselben Verbraucher höchstens 10 Kilogramm. Die Erzeuger, Verwahrer, Händler u. dgl. sind verpflichtet, binnen acht Tagen ihre Vorräte an Nüssen der Gemüse-Obst-Landesstelle in Laibach (Gradišče Nr. 10, I. Stock) zum Kaufe anzubieten. Wenn innerhalb 14 Tagen nach der Empfangsbefestigung über das enthaltene Anbot dem Anbotsteller keine Verständigung zukommt, daß die angebotenen Mengen abgenommen werden, so kann er über sie frei verfügen. Die Übernahmepreise werden durch freie Übereinkunft des Verkäufers und der Gemüse-Obst-Landesstelle bestimmt, als oberste Grenze wurden die jeweils geltenden Richtpreise festgesetzt. Sendungen von Nüssen auf Eisenbahnen sind nur gegen Transportbescheinigung gestattet, die von der Gemüse-Obst-Landesstelle in Laibach ausgestellt wird.

— (An der Piavefront) wütet, wie „Secolo“ berichtet, jetzt ein Artilleriekampf von bisher nicht erlebter Heftigkeit. Der Kampf um den Besitz Venetiens hat begonnen.

— (Die Haltung Rumäniens in der Friedensfrage.) „Daily Mail“ weiß zu berichten, daß in Jassy gegenwärtig Verhandlungen zwischen der rumänischen und russischen Regierung

im Gange sind, die den Anschluß Rumäniens an das Friedensangebot Rußlands zum Gegenstande haben. Man kann auch hier die Entscheidung bald abwarten, da der Rest des noch vom Feinde unbesetzten Rumäniens ebenso wie die rumänische Armee vollkommen auf Rußlands Beistand angewiesen sind. Andererseits hat die russische Regierung durchblicken lassen, daß sie im Falle einer Sonderstellung Rumäniens die auf russischem Boden befindlichen bedeutenden Herzereste der Rumänen internieren lassen würde, wodurch auch der restliche Teil Rumäniens einem widerstandslosen Einmarsch des Feindes preisgegeben wäre. Am 30. November sind mit wachsender Gewißheit die ersten Gerüchte über ein rumänisches Friedensangebot im gleichen Sinne wie die Petersburger Kundgebung aufgetaucht. Wenn auch diese Gerüchte bisher amtlich nicht bestätigt worden sind, so ist man doch an gut unterrichteten Stellen der Annahme, daß Rumänien durch die Verhältnisse bald gezwungen sein wird, seine Stellungnahme klarzulegen. Der Einfluß der Entente in Jassy ist rasch im Fallen begriffen.

— (Offizielles Friedensansuchen Rußlands an den Vatikan.) Nach Telegrammen aus Rom ist an den Vatikan am 27. November ein offizielles Friedensansuchen der russischen Regierung ergangen.

— (Die Bilanz des U-Boot-Krieges.) Mit den im Monat Oktober versenkten 640.000 Bruttoregistertonnen übersteigt die Zahl des seit Kriegsbeginn vernichteten feindlichen und im Feindesdienste tätigen neutralen Handelschiffsraumes 126 Millionen Bruttoregistertonnen. Davon entfallen mehr als 76 Millionen Bruttoregistertonnen auf die ersten neun Monate des uneingeschränkten U-Boot-Krieges. Man kann sich einen Begriff von der Größe des vernichteten Schiffsraumes machen, wenn man den Schiffsraum der Welt, Segler und Dampfer zusammen, betrachtet, der sich bei Kriegesbeginn auf 49 09 Millionen Bruttoregistertonnen bezifferte. Heute ruht also ein reichliches Viertel desselben auf dem Meeresgrunde. Es steht außer allem Zweifel, daß der planmäßig fortgesetzte U-Boot-Krieg die Schiffe schneller vernichtet, als unsere Feinde sie mit dem größten Kraftaufgebot zu bauen vermögen.

Mitterdorf. (Zur Getreide- und Kartoffelanforderung.) Mitterdorf besitzt eine Frachtenstation und muß doch die angeforderten Mengen von Heu, Getreide und Kartoffeln an der eigenen Station vorbei nach Gottschee stellen. Etwas mehr Entgegenkommen seitens der Behörden wäre um so nötiger, als es überall an Arbeitskräften, Fuhrwerken, Zugtieren und Zeit mangelt und das ausschlaggebend sein sollte als die größere Bequemlichkeit der Übernahmskommissäre. Es wurde weiter verlautbart, daß nur die bei der letzten Kartoffelaufnahme erhobenen Überschüsse abzuliefern seien. In einer späteren amtlichen Zuschrift wird aber das Gemeinbeamt aufgefördert, ohne Rücksichtnahme der Kartoffelüberschüsse mit der Abfuhr von fünf Waggons Kartoffeln zu beginnen. Daß solche widersprechende Erlässe Verwirrung anrichten, ist einleuchtend.

— (Für die Soldatengräber) sammelte die Schuljugend 125 K, die Sammlung in der Kirche ergab den Betrag von 30 K.

— (Gestorben) ist am 29. November der 84-jährige Häusler Anton Kresse in Koslern 37.

— (Auf die 7. Kriegsanleihe) wurden bei der hiesigen Raiffeisentaße bisher 40.000 K gezeichnet.

Moos. (Verhehlung.) Die in Moos Nr. 12 am 21. Juni geborene Frau Margaretha Plesche verwitwete Becking hat sich mit Freiherrn Schirndinger v. Schirnding wieder verhehlicht. Die Trauung fand am 13. April 1917 in der Pfarrkirche Schottenfeld in Wien statt.

Rieg. (Kriegsglocken.) Am 2. November sind auch die Glocken aus der Pfarre Rieg eingerückt. Die Pfarrkirche verlor die große Glocke, die im Frühjahr zwar zur Ablieferung schon bestimmt war, aber damals noch gerettet werden konnte. Aus der Filialkirche in Hinterberg wurden beide Glocken abgenommen. Je eine Glocke wurde abgenommen aus den Filialkirchen in Kotschen,

Stalzers, Trauen und Bröse. Im ganzen wurden im Frühjahr und Herbst zwölf Glocken abgeliefert. Je eine Glocke besitzen noch die Pfarrkirche (kleine) und die Filialkirchen in Kotschen und Bröse. Die übrigen Filialkirchen sind ohne Glocken. Da die seinerzeit anzuschaffenden neuen Glocken wahrscheinlich bedeutend mehr kosten werden als der Erlös für die abgelieferten beträgt, so hat sich in Rieg bereits ein Ausschuß gebildet, dem die Aufgabe zufällt, durch Sammlung einen Fonds zu bilden, aus dem der Mehrkostenpreis der neuen Glocken gedeckt werden soll. Diesem Ausschusse gehören folgende Herren an: Pfarrer Josef Kraker, Oberlehrer J. Tscherne, Gemeindevorsteher Ferdinand Wittine, Leopold Mebiz, Franz Braune, Johann Krish, Johann Friz, Hans Ladner und Matth. Woldin.

— (Schüler-sammlung für Kriegergräber.) Die Sammlung der Schulkinder für Kriegergräber betrug K 73.85.

Lai bach. (Heldentod.) Herr Franz Krish aus Laibach, Fähnrich in einem Feldhaubitzregiment, hat am 17. November l. J. den Heldentod erlitten. — Wie nachträglich berichtet wird, ist Fähnrich Krish in Campobernardo in Venedig, als Artilleriebeobachter durch einen Granatvolltreffer getötet worden. Der Familie des Verstorbenen sind nun in rascher Folge bereits zwei Söhne durch den Krieg entrißen worden.

Göttenitz. (Projekt.) Dem Vernehmen nach ist das k. k. Arrar bereit, von der Bahnstation Reifnitz in die Waldungen von Göttenitz (ober der Steinwand) eine schmalspurige Bahn zu bauen, wenn die geforderte Menge m³ Holz von den diesbezüglichen Besitzern, dem herzoglichen Forstamte und den Bauern-Waldungen garantiert wird.

— (Auf die 7. Kriegsanleihe) wurde beim Postamte Rieg 16.000 K gezeichnet. Einige Personen zeichneten auch mittelst der Kriegsverversicherung, das Pfarramt bei der Landesbank (Kirchenglocken) 4000 K, somit auf die 7. Kriegsanleihe gegen 24.000 K.

Briefkasten:

Hans König, FRN 45/4, Feldpost 295. Das Blatt ist abgeschickt worden. Bezahlt bis 1. August 1918.

Zu verkaufen

ein kleines Haus

in Römergrund-Graslinden, knapp an der Straße Gottschee-Tschernembl, Holzbau mit gemauertem Untergrund, 2 Zimmer, kleine Küche, geräumiger Keller, Obstgarten 20 a mit 50 größeren und kleineren Obstbäumen, Bienenhütte, dazu 40 leere Stöcke, ferner ein etwa 3/4 ha großes Anteil (Weide mit Wald) ist wegen Sterbefall um 4400 K sofort zu verkaufen. Behufs Besichtigung ist beim k. k. Straßenmeister Herrn Rom in Römergrund anzufragen. Zuschriften an Herrn Bezirksschulinспекtor Othmar Herbst in Murau, Obersteiermark.

Drei Familien.

erhalten Wohnung umsonst, auch wird ihnen ein Stück Feld zur freien Benützung zur Verfügung gestellt, wenn sie sich verpflichten, bei den Feldarbeiten gegen ortsübliche Bezahlung mitzutun.

Ein Nachtwächter

Kriegsinvalide wird bevorzugt, wird sofort aufgenommen.

Anmeldungen sind zu richten an: Anton Rajsez, Sägewerksbesitzer in Gottschee.

Bei einmaliger Einschaltung kostet die vierspaltige Kleindruckzeile oder deren Raum 10 Heller, bei mehrmaliger Einschaltung 8 Heller. Bei Einschaltungen durch ein halbes Jahr wird eine zehnprozentige, bei solchen durch das ganze Jahr eine zwanzigprozentige Ermäßigung gewährt.

Anzeigen.

Die Anzeigengebühr ist bei einmaliger Einschaltung gleich bei Bestellung, bei mehrmaliger vor der zweiten Einschaltung zu erlegen. — Es wird höflichst ersucht, bei Bestellungen von den in unserem Blatte angezeigten Firmen sich stets auf den „Gottscheer Bote“ zu beziehen.

Verein der Deutschen a. Gottschee in Wien.

Sitz: 1., Himmelfortgasse Nr. 3

wohin alle Zuschriften zu richten sind und Landsleute ihren Beitritt anmelden können.

Zusammenkunft: Jeden Donnerstag im Vereinslokale „Zum roten Fagel“, 1., Albrechtsplatz Nr. 2.

Ein Lehrling

der deutschen und slowenischen Sprache mächtig, wird sofort aufgenommen beim Kaufmann Hans Kresse in Gottschee.

Wegen Futtermangels wird bei der Sägeverwaltung in Hornwald

ein Pferd

für leichten Zug und zum Schnellfahren geeignet, verkauft. Besichtigung immer am Sonntag möglich.

Ich erlaube mir hiemit anzuzeigen, daß ich in Graz ein Handelsagentur- u. Kommissionsgeschäft für Lebensmittel und Bedarfsartikel

errichtet habe, und hoffe in Bedarfsfällen auch auf das Entgegenkommen meiner geehrten Landsleute.

Hochachtungsvoll
Anton Petsche

Agentur- und Kommissionsgeschäft in Graz.

Reichhaltiges Lager der besten und billigsten Fahrräder und Nähmaschinen für Familie und Gewerbe.



Schreibmaschinen.

Langjährige Garantie.



Johann Jax & Sohn • Laibach
Wienerstrasse Nr. 15.

Sparkasse der Stadt Gottschee.

Ausweis f. d. Monat Oktober 1917.

Einlagen: Stand Ende Septemb. 1917	K 7,828.809.48
Eingelegt von 164 Parteien	„ 252.992.02
Behoben von 137 Parteien	„ 78.385.36
Stand Ende Oktober 1917	„ 8,003.416.04
Allgem. Reservefond Stand Ende 1916	„ 577.259.13
Hypothekar-Darlehen: zugezahlt	„ —
rückgezahlt	„ 15.016.18
Stand Ende Oktober 1917	„ 3,823.486.18

Wechsel-Darlehen:

Stand Ende Oktober 1917 „ 48.110.—

Fällige Binsenscheine der österr. Kriegsanzleihen werden als Barzahlung angenommen.

Zinsfuß:

für Einlagen 4 1/2 % ohne Abzug der Rentensteuer,

für Hypotheken im Bezirke Gottschee 5 1/2 %,

für Hypotheken in anderen Bezirken 5 3/4 %,

für Wechsel 6 1/2 %.

Gottschee, am 31. Oktober 1917.

Die Direktion.

Abonnieret und leset den Gottscheer Boten!

Jeder sein eigener Reparateur!



Meine Gumar-Handnähahle näht Steppstiche wie mit Nähmaschine. Größte Erfindung, um Leder, zerrissenes Schuhwerk, Geschirre, Felle, Teppiche, Wagenbeden, Zellstoffe, Filz, Fahrradmäntel, Säcke, Leinwand und alle andern starken Stoffe selbst flicken zu können. Unentbehrlich für jedermann. Eine Wohltat für Handwerker, Landwirte u. Soldaten. Ein Juwel für Sportsleute. Feste Konstruktion, linderleichte Handhabung. Garantie für Brauchbarkeit. Übertreibt alle Konkurrenz-Fabrikate. Viele Belobungsschreiben.

Preis der kompletten Nähahle mit Zwirn, 4 verschiedenen Nadeln und Gebrauchsanweisung K 3.90, 2 Stück K 7.50, 3 Stück K 11. Versand bei Geld-Voreinsendung portofrei, bei Nachnahme Porto extra, ins Feld nur gegen Voreinsendung durch Josef Pelz in Troppan, Ulmückerstraße 10. — Wiederverkäufer gesucht.